

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Harald Leibrecht, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8096 –**

Zur Bedeutung der Shanghai Cooperation Organization in den bi- und multilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Vor dem Hintergrund einer zunehmend bedeutenderen Rolle der Shanghai Cooperation Organization (SCO), der kürzlich beschlossenen europäischen Zentralasienstrategie und wichtigen gemeinsamen politischen sowie wirtschaftlichen Fragen der Region der SCO und Europa, stellt sich die Frage der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der eurasischen Organisation.

Die SCO mit ihren Mitgliedsländern China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan weitet ihr Themenspektrum zunehmend aus. Während es bei der Vorgängerorganisation, der Shanghai Five, zunächst ausschließlich um die Reduzierung von Streitkräften an den Grenzen zwischen China und der ehemaligen Sowjetunion ging, hat die seit 2001 bestehende institutionalisierte SCO inzwischen ihre Aktivitäten auf die Bereiche Terrorismus-, Separatismus- und Extremismusbekämpfung ausgeweitet. Die SCO dient dabei als Forum zur Abstimmung der einzelnen Politiken. So werden im Rahmen der eurasischen Organisation nach eigenen Angaben die Bereiche Wirtschaft und Handel, Wissenschaft und Technologie, Bildung und Kultur sowie Energie, Transport und Umweltschutz thematisiert. Die SCO hält hierfür jährlich ein Treffen der Staats- und Regierungschefs zur allgemeinen Vorgehensweise der Organisation ab sowie regelmäßige Treffen auf Fachministerbene. Die SCO besitzt einen Generalsekretär, derzeit der Kasache Bolat Nurgaliev, welcher zusammen mit dem Sekretariat in Peking den Ablauf der Arbeit der SCO regelt.

Die SCO hat ihren Nachbarn Mongolei (2004), Pakistan (2005) und Indien (2005) sowie Iran (2005) einen Beobachterstatus eingeräumt. Das Ersuchen der USA für einen solchen Status wurde in 2005 von den Mitgliedstaaten der SCO abgelehnt. Zudem wird berichtet, dass Nepal und Turkmenistan Mitglieder der SCO werden könnten. Neben dem Beobachterstatus gibt es die Möglichkeit, als Dialogpartner mit der SCO in Verbindung zu treten – von dieser

Möglichkeit hat die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) Gebrauch gemacht.

Am 16. August 2007 hat in Bischkek das jüngste Gipfeltreffen der SCO stattgefunden. In der Bischkek-Erklärung werden neben anderen zwei wesentliche Punkte der Gespräche festgehalten: Afghanistan und Energiepolitik.

Von einer verstärkten Zusammenarbeit in der Afghanistankontaktgruppe der Organisation erhoffen sich die Mitglieder der SCO eine bessere Bekämpfung der Drogenströme, die aus Afghanistan kommen sowie eine Normalisierung der politischen Situation in Afghanistan.

Bezüglich des Themenfelds Energie soll laut Bischkek-Erklärung der Dialog im Bereich Energieerzeugung, -transport und Verbraucherfragen vertieft werden. Bereits 2006 hat Russland die Gründung eines SCO Energy Club initiiert. Angesichts der Energiereserven in der Region einerseits und einem weltweit zunehmenden Energiebedarf andererseits, soll der Energy Club der Koordination und Zusammenarbeit in energiepolitischen Fragen und gemeinsamen Projekten der Mitgliedstaaten dienen, um so z. B. die Energiegewinnung und den Transport zu regeln. Von anderer Seite wird die Einschätzung geteilt, dass die SCO und ihr Energy Club besonders den energiepolitischen Interessen Chinas und Russlands in Zentralasien dienen. Kasachstan hat im Juni 2007 eine Asian Energy Strategy vorgelegt, welche einen barrierefreien Energiehandel zwischen den Mitgliedstaaten vorsieht. Um diese Idee und andere energiepolitische Fragen bzw. die Asian Energy Strategy beraten zu können, wurde von kasachischer Seite auf dem Gipfeltreffen in Bischkek vorgeschlagen, dass der Energy Club in Form von regelmäßigen Treffen der Energieminister der Mitgliedsländer und Beobachterländer besteht und arbeitet.

1. Welche Bedeutung räumt die Bundesregierung der SCO ein?

Aufgrund der politischen Bedeutung der Mitglieder der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organization, SCO) (China, Russische Föderation, Kirgisische Republik, Tadschikistan, Kasachstan und Usbekistan), seiner Beobachter (Pakistan, Indien, Iran und die Mongolei) und der seit 2005 bestehenden „SCO-Dialogpartnerschaft mit Afghanistan“ sowie der Themen der SCO-Zusammenarbeit (darunter Sicherheit, Energie, Wirtschaft, Handel) verfolgt die Bundesregierung die Entwicklungen in der SCO aufmerksam. Angesichts der Heterogenität und der unterschiedlichen Interessenlagen ihrer Mitglieder ist in der SCO zurzeit primär ein Forum der Vertrauensbildung zu sehen.

2. Welche Rolle spielt nach Ansicht der Bundesregierung die SCO in der Region und weltweit?

Die SCO hat trotz ihrer wachsenden Bedeutung und der Verbreiterung ihrer Aktivitäten bisher noch kein ASEAN oder anderen Regionalorganisationen in Asien vergleichbares Potential für regionale Zusammenarbeit in Zentralasien entfalten können. Für das Ziel einer „eurasischen Regionalorganisation“ mit eigenen Entscheidungsbefugnissen in einzelnen Gebieten wie beispielsweise Energie- oder Sicherheitsfragen scheint es unter den SCO-Mitgliedern derzeit keinen Konsens zu geben. Die SCO verfügt seit 2004 über den Status eines Beobachters bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

3. Welche offiziellen Kontakte zwischen der SCO und der Bundesregierung haben bisher stattgefunden, und welche Art von Beziehungen sind für die Zukunft geplant?

In den letzten Jahren gab es verschiedene Gespräche mit der SCO-Präsidentschaft, dem SCO-Generalsekretär und Mitarbeitern des SCO-Sekretariats in Peking, sowohl auf EU-Ebene als auch durch Vertreter der Bundesregierung. Über die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen zur SCO finden im EU-Kreis interne Beratungen statt.

4. Strebt die Bundesregierung an, einen Beobachterstatus bei der SCO zu erlangen?

Wenn ja, wie ist der Stand der Verhandlungen, und welche Staaten der SCO unterstützen das deutsche Vorhaben?

Die Bundesregierung strebt keinen Beobachterstatus bei der SCO an.

5. Erhofft sich die Bundesregierung Vorteile aus einer Zusammenarbeit mit der SCO?

Wenn ja, welche?

Die Bundesregierung strebt keine formalisierte Zusammenarbeit mit der SCO an. Aufgrund der in der Antwort zu Frage 1 dargestellten politischen Bedeutung der SCO bleibt die Bundesregierung jedoch daran interessiert, aktuell und umfassend über die SCO, ihre Aktivitäten, Vorhaben und Arbeitsergebnisse informiert zu sein.

6. Ist der Bundesregierung bekannt, ob eines oder mehrere der vier Länder mit Beobachterstatus festes Mitglied der SCO werden möchte?

Wenn ja, welche/s ist/sind dies, und wie ist der Stand der Verhandlungen bzw. der Zeitplan?

Nach Kenntnis der Bundesregierung streben die SCO-Beobachter Pakistan und Iran eine Vollmitgliedschaft in der SCO an. Über den Verhandlungsstand dazu innerhalb der SCO liegen der Bundesregierung keine belastbaren Informationen vor.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, ob es Bestrebungen gibt, Turkmenistan und/oder Nepal in die SCO mit aufzunehmen?

Wenn ja, wie ist der Stand der Verhandlungen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung war Turkmenistan zum letzten SCO-Gipfel am 16. und 17. August 2007 in Bischkek eingeladen und nahm dort zum ersten Mal auf Ebene des Staatschefs teil. Der Status Turkmenistans in Bischkek war jedoch nicht der eines „offiziellen SCO-Beobachters“, sondern der eines „Gastes des Vorsitzes“. Nach Kenntnis der Bundesregierung strebt Turkmenistan angesichts seiner Neutralität bisher keine SCO-Mitgliedschaft an. Nach Kenntnis der Bundesregierung verfolgt Nepal mit Interesse die Entwicklung der SCO. Konkrete Schritte in Richtung eines Beobachterstatus sind derzeit jedoch nicht erkennbar.

8. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über Kontakte zwischen anderen Drittstaaten und der SCO?

Die SCO unterhält formelle Kontakte zu folgenden Organisationen: ASEAN (Memorandum of Understanding (MoU) 2004), GUS (MoU 2005), EURASEC (MoU 2006), CSTO (MoU Oktober 2007), UNESCAP (MoU Januar 2008). Zu Afghanistan gibt es seit 2005 eine Übereinkunft zu einer „SCO-Afghanistan Kontaktgruppe“.

9. Inwieweit wird die SCO als regionale Organisation in der europäischen Zentralasienstrategie berücksichtigt?

In der im Juni 2007 vom Europäischen Rat verabschiedeten „Strategie für eine neue Partnerschaft“ mit Zentralasien erklärt die EU ihre Bereitschaft, „einen offenen und konstruktiven Dialog mit regionalen Organisationen in Zentralasien aufzunehmen und regelmäßige Ad-hoc-Kontakte zu pflegen, unter anderem mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EURASEC), der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), der Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA), der Organisation des kollektiven Sicherheitspakts (CSTO), CAREC (Central Asia Regional Economic Cooperation) und CARICC (Central Asia Regional Information Coordination Centre).“ Das Mandat des EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien umfasst Kontakte zur SCO.

10. Gibt es auf Ebene der EU Bestrebungen, einen ständigen Dialog vergleichbar der ASEAN mit der SCO zu führen?

Wenn ja, wie soll dieser Dialog ausgestaltet sein, und wann ist mit der Aufnahme zu rechnen?

Zur Ausgestaltung der Beziehungen EU-SCO gibt es in der EU interne Überlegungen, mit denen die dafür zuständigen EU-Arbeitsgremien befasst sind. Die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in der EU dazu sind noch nicht abgeschlossen.

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des Gipfeltreffens in Bischkek vom 16. August 2007?

Der siebte SCO-Gipfel von Bischkek am 16. und 17. August 2007 verabschiedete mehrere Dokumente, darunter die „Bischkeker Erklärung“, in der eine engere Zusammenarbeit der SCO-Mitglieder unter anderem in Energiefragen angestrebt wird. Bemerkenswert erscheint zudem die geplante Verbreiterung der SCO-Themenpalette um zivilgesellschaftliche Fragen und Bildung, Kultur sowie Umwelt. Die den Gipfel begleitenden gemeinsamen Militärmanöver in Urumqi und Tscheljabinsk unterstrichen den Stellenwert der Sicherheitszusammenarbeit in der SCO.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung den SCO Energy Club?

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist die auf eine Initiative Kasachstans zurückgehende Idee eines „SCO-Energieclubs“ von der SCO bisher nicht formal indossiert und weiterhin Gegenstand interner Konsultationen. Die Bundesregierung verfolgt Fragen der Energiezusammenarbeit aufmerksam und wird daher auch etwaige Entwicklungen dieses Projekts im Auge behalten.

13. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über den Energy Club und seine Arbeitsweise vor?

Auf die Antwort zu Frage 12 wird verwiesen.

14. Bestehen Kontakte zur SCO Afghanistankontaktgruppe?

Wenn ja, welche sind dies, und zu welchen Ergebnissen haben diese bisher geführt?

Es bestehen keine Kontakte zur „SCO-Afghanistan-Kontaktgruppe“. Wegen der politischen Bedeutung der Entwicklungen in Afghanistan verfolgt die Bundesregierung jedoch alle mit Afghanistan zusammenhängenden Fragen aufmerksam. Die „SCO-Afghanistan-Kontaktgruppe“ stellt sich in erster Linie als vertrauensbildende Maßnahme Afghanistans mit seinen Nachbarn in Asien und Zentralasien dar. In diesem Kontext steht auch die Teilnahme des afghanischen Präsidenten, Hamid Karzai, am letzten SCO-Gipfel in Bischkek. Nach Auffassung der Bundesregierung sieht Afghanistan seine regionalen Interessen eher in der Südasienkooperation SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation) gewahrt, bei der es seit 2007 Mitglied geworden ist. In der SCO strebt Afghanistan dagegen keinen formalen Status an – weder als Beobachter, noch als Vollmitglied.

